



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER MAI 2026

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

im April war wieder viel los. Ostern, das größte Zukunftsversprechen für uns Menschen, hat uns daran erinnert, dass es weiter geht und wir nicht verzagen müssen. In meiner Berliner Wohnung höre ich jeden Tag die Morgenandacht im Deutschlandfunk. In dieser Woche durfte ich einer Andacht anlässlich des Earth Day folgen. Der Tag der Erde findet seit 1970 jeden 22. April statt und ist ein weltweiter Aktionstag für Umwelt und Klimaschutz. Thema war die Apollo-Mission. Am Heiligen Abend 1968 flogen die Astronauten um den Mond, um eine Landefläche auszukundschaften. Das Größte, das sie entdeckten, war aber die gerade aufgehende Erde. William Anders hat das weltberühmte Foto gemacht. Sie mussten so weit fliegen, um unseren Planeten erst richtig zu schätzen. Hier fällt mir die Artemis-Mission ein. Alle Technik und Wissenschaft wurde eingesetzt, auch aus Unterfranken, um diesen Flug zu ermöglichen. Auch jetzt, nach 58 Jahren, sagte die Crew etwas ähnliches: Lasst uns besser aufpassen auf unseren Planeten.

Übrigens: Am 26. April jährt sich der Tschernobyl-GAU zum 40. Mal. Die meisten wissen noch genau, wie das war und was es für uns bedeutete. Wer heute noch neue Atomkraftwerke bauen will, sollte besser in die Geschichtsbücher schauen.

Gute Lektüre.

Ihr/ Dein

*Bernd Rützel*



2



KLARTEXT: Lebensleistung verdient mehr

6



Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe

# KLARTEXT

## LEBENSLEISTUNG VERDIENT MEHR



Die Aussage von Friedrich Merz, die Rente könne künftig nur noch eine Basisversorgung sein, ist ein falsches Signal und brandgefährlich. Eine Rente, die nur das Nötigste sichert, ist nichts anderes als eine sozialpolitische Bankrott-

erklärung. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient Würde, Sicherheit und eine starke Rente, nicht bloß ein Existenzminimum. Für die allermeisten Menschen ist die gesetzliche Rente die zentrale Einkommensquelle im Alter. Viele haben schlicht kein Geld, um in großem Umfang privat vorzusorgen. Eine „Rente light“ ist mit uns nicht zu machen.

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit: Wer jahrzehntelang einzahlt, muss sich auf eine stabile und verlässliche Absicherung im Alter verlassen können. Gerade jetzt braucht es keine Abgesänge auf die gesetzliche Rente, sondern klare Perspektiven. Wir haben das Rentenniveau erst im vergangenen Jahr bis 2031 bei 48 Prozent stabilisiert und damit Sicherheit ge-

schaffen. Das war nötig, damit sich die Entwicklung der Renten nicht von der der Löhne entkoppelt. Ich sage sogar: Langfristig muss das Rentenniveau sogar auf 53 Prozent steigen. So wie es früher war.

Denn die gesetzliche Rente muss den Anspruch erfüllen, den Lebensstandard im Alter zu sichern. Und das auch und gerade für Menschen, die für kleine und mittlere Einkommen ein Leben lang gearbeitet haben. Denn sie haben am wenigsten die Möglichkeit, sich zusätzlich fürs Alter abzusichern. Aber sie haben mit ihrer Arbeit den Laden am Laufen gehalten.

Die gesetzliche Rente bleibt die tragende Säule der Alterssicherung. Betriebsrenten und private Vorsorge können sie sinnvoll ergänzen, mehr aber nicht. Wer das anders darstellt, verkennt die Lebensrealität vieler Menschen.



## RENTEN-FAKTEN Teil IV

Der Umfang der aus Steuermitteln finanzierten Bundeszuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ist – bezogen auf das Volumen des Bruttoinlandsprodukts – nicht gestiegen, sondern gesunken. 2003 betrug der Anteil der Steuerzuschüsse an die GRV am BIP 3,4 Prozent, 2024 wa-

ren es nur noch 2,7 Prozent. Daran ändert auch die Ende letzten Jahres beschlossene ausschließlich steuerfinanzierte Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031 nichts. Der Anteil der Bundeszuschüsse am BIP wird dadurch um 0,3 Prozent steigen und bleibt damit weiter deutlich unter dem Niveau von vor 20 Jahren.

## BERLIN

### STROM FÜR BAYERN



SPD-Landesgruppe Bayern

Um Netzausbau und Versorgungssicherheit mit Strom in Bayern ging es Mitte April bei der Sitzung der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten. Zu Gast waren Tetiana Chuvilina und Dr. Andreas Schieder von TenneT als größter Übertragungsnetzbetreiber und Investor in die deutsche Energieinfrastruktur. Das deutsche Stromnetz so planen, dass es den Anforderungen eines zukünftig klimaneutralen Energiesystems gerecht wird, lauten das Ziel und der gesetzliche Auftrag der Übertragungsnetzbetreiber. Dazu erstellen sie alle zwei Jahre den Netzentwicklungsplan (NEP), der als zentrales Instrument für die Netzplanung und den Höchstspannungs-Netzausbau für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre regelt.

Der NEP Strom 2037/2045 (2025) blickt erstmals auf das Zieljahr 2045 und formuliert dabei künftige Anforderungen, wie den weiteren Ausbau der Erneuerbaren, einen Zuwachs an steuerbarer Kapazität für die Systemstabilität und einen Ausbau an Anschlussmöglichkeiten. Derweil befindet sich der NEP

2023 in Umsetzung mit einer Vielzahl an Netzausbaumaßnahmen, wie Verstärkung bestehender Leitungen, Neubau- und Ersatzneubauprojekte, zusätzlich notwendigen Umspannwerken, die wiederum zu Debatten vor Ort und Verzögerungen im Prozess und damit auch beim Anschluss neuer Kunden oder in der Rückspeisung von dezentral erzeugten Erneuerbaren Energien führen, was letztlich zu höheren Kosten für die Netzkunden führt. Wir sollten hier deutlich an Geschwindigkeit aufnehmen.

### BHUTAN IM BUNDESTAG

Zwischen Tibet und Indien gelegen, befindet sich der Großteil des Königreiches Bhutan in großer Höhe im Himalaya. Buddhismus ist offizielle Staatsreligion und prägend für die Politik Bhutans. Im Vergleich zu anderen Staaten legt die Regierung weniger Wert auf Wirtschaftswachstum und Produktivität. Naturschutz und Glück sind hingegen wichtige Aspekte. So machte Bhutan international durch das in der Verfassung verankerte Konzept des Bruttonationalglücks auf sich aufmerksam – ein Konzept mit dem der Lebensstandard in ganzheitlicher Weise gemessen werden soll. Gleichzeitig ist es eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Als amtierender Vorsitzender des Ausschusses Arbeit und



Büro Rützel

Soziales durfte ich die Tage eine Delegation aus bhutanischen Parlamentsabgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft begrüßen. Im Gespräch ging es insbesondere um das deutsche Modell der sozialen Absicherung. Im Mittelpunkt stand unser Sozialstaat, der Schutz und Chancen bietet: Chancen für ein selbstbestimmtes Leben, auch durch die Teilhabe am Arbeitsleben. Und Schutz in schwierigen Lebenslagen – verlässlich, solidarisch, individuell. Auf diesem Solidaritätsprinzip gründen die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Von großem Interesse für die Delegationsmitglieder waren auch Fragen zur Inklusion, zur Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen und der Rolle der Medien.

### TEILHABE IST MENSCHENRECHT

Beim Parlamentarischen Abend der Bundesvereinigung Lebenshilfe: Teilhabe ist Menschenrecht. Das ist nicht nur der Slogan der aktuellen Kampagne der Lebenshilfe, sondern Orientierungspfeiler für unsere Arbeit im Deutschen Bundestag. Die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe und Bundesministerin a.D.,

Ulla Schmidt, hat eindringliche Worte zum Unterstützungsbedarf für Menschen mit Behinderung an uns gerichtet. Gemeinsam mit vielen weiteren Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, wie den Parlamentarischen Staatssekretären Kerstin Griese (Arbeit und Soziales) und Johann Saathoff (wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) oder der Vorsitzenden des Familien-Ausschusses, Saskia Esken, kamen wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Lebenshilfe mit und ohne Behinderung intensiv ins Gespräch. Vielen Dank für die Einladung und den wichtigen Austausch!



Büro Rützel

## ZAHLE DES MONATS

**53,2**

Prozent: Der Wahlsieg von Péter Magyar in Ungarn ist ein deutliches Signal gegen Korruption, Autoritarismus und Rechtspopulismus. Für Europa eröffnet sich damit die Chance auf einen neuen Kurs der Zusammenarbeit, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder stärkt. Die hohe Wahl-

beteiligung und die Zweidrittelmehrheit seiner Partei machen deutlich: Dieses Wahlergebnis ist weit mehr als ein Regierungswechsel. Es ist auch ein Aufstand der Demokraten gegen eine systematisch korrupte, populistische und antieuropäische Regierung und zugleich ein demokratisches Aufbruchsignal für uns alle. Nun geht es darum, Ungarn wieder stärker in eine konstruktive europäische Zusammenarbeit einzubinden.



Büro Rützel

## SCHAUSPIELERGEWERKSCHAFT

Vielleicht kennt man die hier aus dem Fernsehen. Und damit meine ich nicht mich. Ich habe mich mit Sophia Schober und Heinrich Schafmeister in Berlin getroffen. Schafmeister ist nicht nur Schauspieler, sondern auch bei der Schauspielergewerkschaft Bühne, Film, Fernsehen, Sprache (BFFS) engagiert ist. Sophia Schober stand auch einige Male vor der Kamera und ist nun Justiziarin beim BFFS. Mit beiden zusammen habe ich mich über die sozialpolitische Situation von Schauspielern in Deutschland unterhalten: 65 Prozent der Schauspieler verdienen unter 25.000 Euro im Jahr. Durch ihre ständig wechselnden Arbeitgeber und Engagements ist die versicherungstechnische Situation kompliziert. Das ist aber kein Grund, dass der Sozialstaat hier nicht funktioniert. Mir ist es sehr wichtig, dass auch Schauspieler eine gute Rente bekommen. Als langjähriger Gewerkschafter begrüße ich auch das tolle Engagement des BFFS. Wir wollen uns gemeinsam dafür einsetzen, dass Unständig Beschäftigte sich auf die gesetzliche Rentenversicherung verlassen können.

## E-AUTOS ÜBERHOLEN BENZINER

Damit ihnen dabei nicht der Saft ausgeht, fördern wir auch den Bau von Ladesäulen. Die soziale E-Autoförderung zeigt schon jetzt Wirkung: Im März 2026 wurden erstmals mehr E-Autos neu zugelassen als Benziner. Besonders Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen sollen sich ein E-Auto leisten können – damit Klimaschutz kein Luxus bleibt. Gleichzeitig läuft die neue Förderung für private Ladesäulen an. Seit April 2026 unterstützt der Bund private Ladesäulen in Mehrparteienhäusern – mit bis zu 2.000 Euro pro Stellplatz!



...und wir machen weiter!



**Der Bund fördert seit April 2026 private Ladesäulen für Mehrparteienhäuser mit bis zu 2.000 Euro pro Stellplatz.**





## STREICHLISTE

### INAKZEPTABEL

Die aktuell in den Medien kursierende Kanzleramts-Streichliste für die Behinderten- sowie Kinder- und Jugendhilfe ist inakzeptabel. Wer bei Teilhabe und Jugendhilfe spart, spart am falschen Ende: Diese Unterstützung ist für viele Menschen unverzichtbar.

Die Überlegungen zu tiefgreifenden Einschnitten im sozialen Bereich sind nicht nur besorgniserregend, sondern in ihrer Tragweite schlicht inakzeptabel. Für mich ist klar: An den Rechten von Menschen mit Behinderungen darf nicht gespart werden. Die Eingliederungshilfe ist kein verzichtbarer Kostenfaktor, sondern ein zentrales Instrument, um Teilhabe über-

haupt zu ermöglichen. Wer hier kürzt, verschlechtert die Lebensrealität der Betroffenen unmittelbar – und nimmt bewusst in Kauf, dass Familien zusätzlich unter Druck geraten.

Gleiches gilt für die Kinder- und Jugendhilfe: Sie ist kein politischer Spielraum, sondern ein unverzichtbarer Grundpfeiler unseres Sozialstaats. Kürzungen würden gerade diejenigen treffen, die ohnehin in schwierigen Lebenslagen sind – und ihnen wichtige Schutz- und Förderangebote entziehen. Das gefährdet nicht nur individuelle Lebenswege, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

Selbstverständlich sind wir bereit, über Reformen zu sprechen, die Bürokratie abbauen und Verfahren effizienter gestalten. Gleichzeitig gilt: Einsparungen auf dem Rücken der Schwächsten wird es mit uns nicht geben. Die Sozialdemokratie steht für eine starke, verlässliche soziale Infrastruktur – und für eine Politik, die schützt, statt auszuhöhlen. Teilhabe ist Menschenrecht. Ja, wir müssen den Gürtel enger schnallen. Und ja, wir werden irgendwo kürzen müssen. Aber nicht hier, nicht bei den Schwächsten!

## ZITAT DES MONATS

**„Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Glieder verfährt.“**

**Gustav Heinemann**

(23.07.1899 - 07.07.1976)

Bundespräsident 1969 - 1974



Büro Rützel

## GEWALT GEGEN FRAUEN

### „SCHAM MUSS DIE SEITE WECHSELN“

Gewalt gegen Frauen ist kein Randthema, sondern eine bedrückende Realität, die entschlossenes Handeln verlangt. In der Aktuellen Stunde zur Gewalt gegen Frauen und Mädchen wurde klar: Ob häusliche, sexuelle oder digitale Gewalt – die SPD will Schutzlücken schließen und den Rechtsstaat auf die Seite der Frauen stellen. In der Debatte hat die SPD deutlich gemacht, dass sie das Thema als drängende gesamtgesellschaftliche und staatliche Aufgabe be-

greift. Bundesjustizministerin Stefanie Hubig erklärte, Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland keine Ausnahme, sondern „die tagtägliche Realität unzähliger Frauen“. Sie mahnte: „Die Scham muss die Seite wechseln!“ Denn wir haben ein strukturelles Gewaltproblem in Deutschland. Gewalt gegen Frauen ist zu oft Alltag, nicht die Ausnahme.

Genau deshalb will die SPD sie auch politisch als strukturelles Unrecht bekämpfen. Dazu gehört auch digitale Gewalt. Der gefährlichste Ort für Frauen ist allerdings oft nicht die Öffentlichkeit, sondern das eigene Zuhause. Wer solche Taten als Einzelfälle abtut, macht sich zum Teil des Problems. Gewalt gegen Frauen ist kein privates Schicksal, sondern ein gesellschaftliches Problem, auf das der Rechtsstaat entschlossen reagieren muss.

Es braucht besseren Schutz, konsequentere Verfolgung und neue gesetzliche Instrumente. Gesetze allein werden nicht ausreichen, aber Schutzlücken müssen geschlossen, Schutzräume ausgebaut und alle Formen von Gewalt geächtet werden.



**OTTO-WELS-PREIS  
FÜR DEMOKRATIE 2026**

Ideenwettbewerb für engagierte Jugendliche



Wir\_sind\_jung@pixabay.de

## ALTERSVORSORGE

### PRIVAT BESSER VORSORGEN

Die private Altersvorsorge steht seit Jahren in der Kritik. Zu kompliziert und zu teuer ist die Riesterrente. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unsicher, wenn es darum geht, zusätzlich für das Alter vorzusorgen. Deshalb haben wir jetzt im Bundestag die private Altersvorsorge reformiert.

In Zukunft soll die private Vorsorge einfacher ablaufen. Ein zentraler Baustein ist die Einführung eines standardisierten Vorsorgeprodukts. Dieses soll besonders kostengünstig sein – unter anderem durch gedeckelte Verwaltungskosten, die maximal 1,0 Prozent betragen dürfen. Am meisten erwarte ich mir

von dem neuen öffentlich verwalteten Standarddepot. Das wird der Maßstab sein, an dem sich alle anderen Anbieter orientieren müssten, insbesondere bei den Kosten. Denn hohe Abschlusskosten fressen die Erträge auf. Mein Rat: Beachten Sie unbedingt das öffentlich verwaltete Standarddepot. Es kommt mit sehr geringen Verwaltungskosten aus - weit unter denen alternativer Angebote.

Auch die Förderung selbst wird überarbeitet. Es gibt eine Grundzulage von 50 Cent (bis 360 Euro im Jahr) bzw. 25 Cent (von 360 bis 1.800 Euro im Jahr). Das bedeutet für Sparerinnen und Sparer, dass der Staat für jeden gesparten Euro bis 360 Euro 50 Cent dazugibt. Für jeden weiteren angesparten Euro gibt es 25 Cent dazu. Die maximale zusätzliche Förderung von 300 Euro pro Kind und Jahr wird bereits bei einem Sparbetrag von 25 Euro erreicht. Außerdem werden Selbstständige in den Kreis der förderfähigen Erwerbstätigen aufgenommen.

Aber bei allen Verbesserungen: Entscheidend für ein auskömmliches Leben im Alter ist und bleibt die gesetzliche Rente. Ihre Stärkung bleibt mein wichtigstes Anliegen. Lesen Sie dazu auch meinen Klartext auf Seite 2!

**FÜR EIN  
BEZAHLBARES  
UND GUTES  
LEBEN!**

**Alle Termine des DGB:  
hier klicken!**

**RAUS  
ZUM  
1. MAI**



# TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

## TOP: SCHULDENFALLE WEG

Der Bundestag sorgt für besseren Verbraucherschutz bei Kreditverträgen. Bezahlmodelle wie „Buy now, pay later“ dürfen nicht auf Kosten der Verbraucher gehen. Gerade viele kleine Kredite können zusammen schnell zur großen Belastung werden. Künftig müssen Anbieter Überschuldung besser verhindern. Zugleich machen wir legale und sichere Kreditvergabe einfacher, bauen unnötige Bürokratie ab und sichern bewährte Möglichkeiten wie den Kauf auf Rechnung.

## FLOP: DIE ORBAN-FREUNDE

In den letzten Jahren überboten sich vor allem CSU und AfD mit ihrer Nähe zu Victor Orban. Ihren Freund lud die CSU zu ihren Klausuren in Seon und Kloster Banz ein. Schon damals wusste jeder, wie Orban die Demokratie in Ungarn aushöhlt, wie er die Presse einschränkt und die Flüchtlinge als Druckmittel nutzt, um seine Interessen in Europa durchzusetzen. Bei ihrem Besuch in Budapest 2025 lobte Alice Weidel Ungarn als „großes Vorbild bei der Meinungsfreiheit“. Für den Fall einer AfD-Regierungsbeteiligung versprach sie: „Wir werden dem Pfad von Ungarn, unserem großen Vorbild, folgen.“ Nach Orbans deutlicher Abwahl: bleiernes Schweigen.



## BERLIN-BESUCH

### BOTSCHAFTER DER DEMOKRATIE

Auf meine Einladung konnten sich 50 Bürgerinnen und Bürger aus der Region unlängst wieder einen eigenen Eindruck von Berlin und dem politischen Alltag machen. Finanziert wurde die Reise vom Bundespresseamt (BPA) als politische Informationsfahrt - also aus Bundesmitteln. Auch die Organisation lief über das BPA, in tatkräftiger Zusammenarbeit mit meinem Gemündener Büro. Im Berliner Reichstagsgebäude traf ich die Gruppe, nachdem sie zuvor eine Plenardebatte vor Ort verfolgen konnten. Ich berichtete von den Abläufen in Berlin und stellte mich den interessierten Fragen, so dass eine lebhaftige Diskussion entstand. Außer dem Besuch des Deutschen Bundestages standen Führungen (z.B. durch das Deutschlandradio-Funkhaus, der Berliner Gedächtniskirche und das Haus der Wannsee-Konferenz) sowie ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf dem Programm.

Viele Eindrücke nahmen die Besucherinnen und Besucher mit zurück nach Hause. Eindrücke, die sie als Botschafter der Demokratie mit anderen teilen werden.



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

# ARBEIT & SOZIALES

## SOZIALKASSENVERFAHREN

Das Sozialkassenverfahren ist ein Umlageverfahren innerhalb einer Branche. Das Bedeutendste ist sicher das der Baubranche, SOKA-BAU. Es ist ein zentrales Element für faire Arbeitsbedingungen in einer Branche mit besonderen Herausforderungen.

Wechselnde Baustellen, saisonale Schwankungen und häufige Arbeitgeberwechsel machen verlässliche Regelungen für Urlaub, Ausbildung und Altersvorsorge notwendig. Genau hier setzt SOKA-BAU an: Als branchenweites Umlagesystem sorgt es dafür, dass Beschäftigte ihre Ansprüche auf Urlaub und Zusatzleistungen behalten – unabhängig davon, bei welchem Betrieb sie gerade tätig sind.

Das regeln die Sozialpartner, aber auch die Politik ist gefragt, hier gute Rahmenbedingungen zu schaffen. In der Vergangenheit haben Gerichtsentscheidungen, wer in die Kassen einzahlen muss, für erhebliche Unsicherheit gesorgt.

Ohne politisches Eingreifen wäre die Funktionsfähigkeit der Sozialkassen ernsthaft gefährdet gewesen – mit spürbaren Folgen für Beschäftigte und Betriebe. Deshalb haben wir damals schnell gehandelt.

Mit klaren gesetzlichen Regelungen haben wir das Sozialkassenverfahren stabilisiert und rechtssicher ausgestaltet. Nur so konnten wir ein bewährtes solides System erhalten.

Denn gute Arbeit braucht verlässliche Strukturen. SOKA-BAU sorgt für faire Arbeitsbedingungen.

### Meine Berichterstattungen in A&S:

- Mindestlohn
- Rente
- Kooperation der Sozialversicherungsträger
- Soziale Selbstverwaltung
- SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- Sozialwahlen
- Europäischer Sozialversicherungsausweis
- Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- Europäische Sozialversicherungsabkommen
- EU-Lieferkettengesetz
- Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- Sozialkassenverfahren
- Kirchliches Arbeitsrecht
- Körperlich belastende Berufe
- Kurier-, Express- und Paketdienstbranche



Büro Rützel

## PRAKTIKUM

### IN GEMÜNDEN UND BERLIN

Sechs Wochen schnupperte der 26-jährige Student Antonio Zeitz aus Güntersleben zwischen Fasching und Ostern in die Arbeit meines Teams im Wahlkreisbüro in Gemünden und im Abgeordnetenbüro in Berlin. Hier ist Antonios leicht gekürzter Bericht:

„Den ersten Teil meines Praktikums verbrachte ich im Wahlkreisbüro in Gemünden. Dort wurde ich herzlich in das Team aufgenommen und zügig in die vielfältigen Aufgaben vor Ort eingebunden. Zu meinen Aufgaben zählten insbesondere Presse- und Sachrecherchen, das Verfassen von Newsletter-Beiträgen sowie die Mitgestaltung von Inhalten für die sozialen Medien. Besonders hervorzuheben ist, dass meine eigenen Vorschläge stets auf offene Ohren stießen und wertgeschätzt wurden. Dann ging es nach Berlin: Auch in Berlin wurde ich vom Team

sehr herzlich aufgenommen und umfassend unterstützt. Ein zentraler Bestandteil meiner Tätigkeit im Berliner Büro war die Öffentlichkeitsarbeit. Ich begleitete Bernd zu Terminen und Veranstaltungen und erstellte dazu Beiträge für die sozialen Medien. Dabei durfte ich sehr viel selbständig erarbeiten, was ich als besonders bereichernd empfand.

Bernd ist Amtierender Vorsitzender im Ausschuss für Arbeit und Soziales. In diesen Bereichen verfügen er und sein Team über ein beeindruckendes Maß an Fachwissen. Ich bin dankbar, Einblicke darin erhalten zu haben. Während meines Praktikums konnte ich beobachten, wie Bernd seine Aufgaben sowohl vor Ort als auch aus der Distanz koordiniert.

Sein Terminkalender ist durchgehend gefüllt, und seine Tätigkeit lässt sich kaum mit einem klassischen Arbeitsalltag vergleichen. Ebenso bemerkenswert wie seine Auslastung sind sein Engagement, sein Tatendrang und seine Motivation.

Durch das Praktikum konnte ich nicht nur die Strukturen und Aufgaben eines Abgeordneten und seines Teams vertieft kennenlernen, sondern auch zahlreiche andere Praktikantinnen und Praktikanten aus unterschiedlichen Büros und Fraktionen treffen. Der Austausch mit ihnen hat mir erneut verdeutlicht, wie wichtig Kommunikation und Vernetzung für politische Arbeit und demokratische Willensbildung sind.

Abschließend kann ich ein Praktikum bei Bernd und seinem Team ausdrücklich empfehlen. Sowohl er als auch sein Team sind sehr engagierte und unterstützende Persönlichkeiten, die einen umfassenden und nachhaltigen Einblick in die parlamentarische Arbeit ermöglichen."



Jasmin777 @ pixabay

## ORGANSPENDE

### NEU: ÜBERKREUZSPENDE

Eine Organtransplantation ist häufig die einzige Möglichkeit, schwer kranken Menschen das Leben zu retten oder ihre Lebensqualität entscheidend zu verbessern. Angesichts der langjährigen Wartezeiten auf ein passendes postmortal gespendetes Organ stellt sich in zahlreichen Fällen die Frage nach einer Lebendorganspende. Wir erweitern nun die Möglichkeiten der Lebendniere Spenden, um den Kreis möglicher Organspender und Organempfänger zu vergrößern. Dafür führen wir die Überkreuzspende ein: Organspenderpaare können „überkreuz“ spenden, wenn eine direkte Spende an den jeweiligen Partner nicht möglich ist, weil sie immunologisch inkompatibel sind. Die Organspendepaare müssen sich nicht kennen. Damit verbessern wir die Chancen auf eine passende Spenderniere und verkürzen Wartezeiten für viele Patientinnen und Patienten. Vorgesehen ist auch der Aufbau eines Programms zur Vermittlung und Umsetzung von Überkreuz-Lebendniere Spenden einschließlich der anonymen Nierenspende. Eingeführt wird auch eine verpflichtende unabhängige psychosoziale Beratung und Evaluation der Spender vor einer Spende.



Luksafotos @ pixabay.de

## 360.000 Euro

### FÜR TURNHALLE IN RECHTENBACH

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat Ende April über eine Projektliste für Bundesmittel aus dem Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ entschieden. Ich freue mich, dass ein von mir gemeldetes Vorhaben in Rechtenbach die Förderung erhält: 360.000 Euro gibt der Bund für die Sanierung der Turnhalle des TSV Rechtenbach. Damit fließen die Gelder aus unserem Förderprogramm genau dorthin, wo sie gebraucht werden: In unsere Gemeinden, die mit diesen Geldern in die Jahre gekommene Sportanlagen sanieren können. Die Turnhalle Rechtenbach wurde Anfang der 1970er-Jahre mit viel Eigenleistung vom TSV errichtet und wird seitdem von ihm genutzt und unterhalten. Sie liegt mitten im Ort und ermöglicht ein umfangreiches Sportprogramm für Jung und Alt.

Weitere Vorhaben, die nun Bundesförderung erhalten, sind das Freizeitbad Elsavamar in Elsenfeld (360.000 Euro), Sportstätte TSV Eisingen (664.200 Euro) und der Kunstrasenplatz in Waldaschaff (517.500 Euro). Mein Dank geht hier an meine Kolleginnen und -Kollegen der Regierungskoalition, die sich für diese Projekte eingesetzt haben.



Planet\_fox @ pixabay

## ARBEITSSCHUTZ

### SICHERHEITSBEAUFTRAGTE

Sicherheitsbeauftragte leisten einen wichtigen Beitrag für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Sie sind nah an den Kolleginnen und Kollegen, erkennen Gefährdungen frühzeitig und helfen dabei, Unfälle zu vermeiden. Dieses Engagement verdient klare gesetzliche Rahmenbedingungen und verlässliche Unterstützung. Jetzt haben wir im Deutschen Bundestag die Rolle der Sicherheitsbeauftragten weiter geschärft. Wir haben klar geregelt, wann ein Betrieb Sicherheitsbeauftragte braucht, wann er davon befreit werden kann, und wie viele Sicherheitsbeauftragte der Betrieb braucht. Damit wird ein wichtiger Grundsatz bekräftigt: Sicherheit im Betrieb ist eine gemeinsame Aufgabe, der Arbeitgeber hat die Verantwortung, aber die Beschäftigten arbeiten mit.

Gute Arbeitsbedingungen entstehen dort, wo Informationen fließen und Probleme frühzeitig erkannt werden. Dazu gehört auch ein wirksamer Arbeitsschutz. Die gesetzliche Klarstellung schafft dafür die Voraussetzungen.



Patrice\_p @ pixabay.de

## FLEISCHINDUSTRIE

### SOZIALE MINDESTSTANDARDS

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass unser Gesetz, mit dem wir Direktanstellungen in der Fleischindustrie verboten haben, verfassungsgemäß ist. Das ist ein wichtiges Signal für faire Arbeitsbedingungen in unserem Land.

Das Urteil bestätigt, dass der Gesetzgeber klare Regeln setzen darf, um Beschäftigte wirksam vor Ausbeutung und prekären Beschäftigungsmodellen zu schützen. In der Fleischindustrie haben wir gesehen, wohin es führt, wenn in Subunternehmerketten Verantwortung einfach nur durchgereicht wird. Die Folgen sind in vielen Fällen Lohndumping, fehlender Arbeitsschutz und das Ignorieren von Beschäftigtenrechten. Dass Werkverträge und Leiharbeit in diesem sensiblen Bereich eingeschränkt wurden, hat zu spürbaren Verbesserungen für die Beschäftigten geführt. Gerade in einer Branche, in der Missstände lange Zeit strukturell verankert waren, ist das ein bedeutender Fortschritt.

Das Urteil zeigt: Der Staat soll und darf handeln, soziale Mindeststandards durchsetzen und gleiche Wettbewerbsbedingungen sichern.

## VOR ORT

### DGB-SOZIALSTAATSKONFERENZ

Auf der Sozialstaatskonferenz des DGB Unterfranken in Schweinfurt sprach ich in der Podiumsdiskussion u.a. mit dem bayerischen DGB-Chef Bernhard Stiedl über Rente, Gesundheit, Pflege, Arbeitszeit und weitere zentrale sozialpolitische Themen. Mein Standpunkt ist klar: Unser Sozialstaat ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Ihn müssen und werden wir verteidigen — und gleichzeitig Reformen angehen, die bei einem so hochkomplexen System aus vielerlei staatlichen Absicherungen und Leistungen nicht so einfach sind. Deshalb hat die Bundesregierung mehrere Kommissionen eingesetzt, um für die Einzelbereiche Lösungen zu erarbeiten. Dann gilt es gemeinwohl-orientierte Entscheidungen zu treffen, wozu wir natürlich auch wieder in die gesamte Gesellschaft und in die Gewerkschaften hineinhören müssen. Danke für diesen wertvollen Austausch!



## KALENDERBLATT



### DAS ENDE DER GEWERKSCHAFTEN

Der **2. Mai 1933**: kein Datum, das sich von selbst ins Gedächtnis drängt. Und doch markiert er einen Moment, in dem sich die politische Wirklichkeit in Deutschland grundlegend verschiebt. Am 1. Mai feiern Gewerkschaften und Sozialdemokratie noch den „Tag der Arbeit“. Am Morgen danach besetzen Nazis im ganzen Land die Gewerkschaftshäuser. Funktionäre werden verhaftet, Strukturen zerschlagen, Vermögen beschlagnahmt. Was über Jahre aufgebaut wurde, wird innerhalb weniger Stunden ausgelöscht. Für die SPD bedeutet dieser Tag mehr als nur den Verlust eines politischen Partners, mit dem man vor allem auch personell engstens verbunden war. Er trifft den Kern dessen, was sie ausmacht: die enge Verbindung zur organisierten Arbeitnehmerschaft und der Einsatz für soziale Rechte. Dass beides so schnell beseitigt werden konnte, zeigt, wie verletzlich demokratische Strukturen sein können, wenn sie unter Druck geraten. Gleichzeitig erzählt der 2. Mai auch von Menschen, die Widerstand leisteten — nicht immer spektakulär, oft im Kleinen, aber mit Konsequenz.

Heute ist dieser Tag vor allem eine Erinnerung daran, dass Mitbestimmung, Tarifautonomie und demokratische Rechte keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen geschützt und verteidigt werden. Der Blick auf den 2. Mai hilft, wach zu bleiben, wenn der rechte Rand anfängt bis zur Mitte vorzudringen. Denn so hat es damals auch angefangen.

## GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



### VON MDL MARTINA FEHLNER

Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Die 10-jährige Marie hat Typ-1-Diabetes. Ihr Blutzuckerspiegel schwankt sehr. In die Schule geht Marie trotzdem. Denn dort hat die Schulgesundheitsfachkraft das Mädchen eng im Blick. Sie kontrolliert regelmäßig Maries Werte, telefoniert mit den Eltern – und kann notfalls eingreifen. In der ersten Pause versorgt sie außerdem den kleinen Jan mit einem Verband. Er hat sich beim Fangenspielen das Knie aufgeschlagen. Sie verteilt Kühlpacks und gibt Zuspruch. Und wenn gerade niemand vor ihrer Tür steht, bereitet sie Materialien zum Thema „gesunde Frühstücksbox“ für die Schul-AG auf. „School Nurses“ sind in Ländern wie Schweden, Großbritannien oder Belgien längst etabliert. Auch in acht deutschen Bundesländern wurden bereits Modellprojekte realisiert, die aufgrund der guten Erfahrungen zum Teil bereits verstetigt worden sind, etwa in Hamburg. Wir Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag wollen Schulgesundheitsfachkräfte nun auch an die bayerischen Schulen holen. In einem aktuellen Antrag fordern wir die Schaffung von hundert Stellen im Rahmen einer Modellphase. Die ausgebildeten Gesundheits- und Krankenpfleger sollen dabei vor allem an den Startchancen-Schulen tätig werden. Wir sind überzeugt,

dass die Gesundheitsversorgung und Gesundheitskompetenz unserer Schüler auf diese Weise messbar verbessert, Lehrkräfte entlastet – und am Ende möglicherweise sogar Kosten eingespart werden können. Das Beispiel Hessen zeigt etwa, dass dort die Zahl schulischer Rettungsdiensteinsätze dank der „School Nurses“ um mehr als 60 Prozent gesunken ist.

Insbesondere chronisch kranke Schülerinnen und Schüler (25 % der Kinder in Bayern) profitieren von einer guten Versorgung an der Schule. Sie werden engmaschig kontrolliert und können am Unterricht teilnehmen, während Eltern die Sicherheit haben, dass ihre Kinder in professionellen Händen sind. Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Unsere Schulen sind mit einer zunehmenden Aufgabenfülle konfrontiert: Inklusions- und Integrationsaufgaben, dazu immer mehr Kinder mit psychischen Auffälligkeiten. Lehrkräfte können dem kaum mehr gerecht werden. Mit dem Ganztagesausbau wandeln sich Schulen zudem von reinen Lern-Orten zu zentralen Lebens-Orten. Umso wichtiger ist es, Kinder genau hier mit all ihren Bedürfnissen zu unterstützen. Die Einrichtung multiprofessioneller Teams ist ein wichtiger Schlüssel dafür. Auch damit Lehrkräfte sich wieder stärker ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können: dem Unterrichten.

Für ein zukunftsfähiges Bildungssystem und echte Bildungsgerechtigkeit in Bayern setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch weiterhin mit Nachdruck ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbueero@martina-fehlner.de